PB.S-01-691

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Nürnberg-Stadt
Beschlussdatum:	22.04.2021

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 690 bis 692 einfügen:
Pflicht für Eigentümer*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum oder Grundflächen werden wir vorgehen. Eine Besteuerung nach Bodenwert statt Einheitswert soll ergänzend Anreize für eine bessere Nutzung geben.

Begründung

Dahinter steckt die Entwicklung zum "Besitzen" von Grundfläche und weniger das "Benutzen". Leere bzw. praktisch ungenutzte Grundstücke, oft mit halb verfallenen Gebäuden, verknappen wertvollen Grund bzw. erzwingen Neu-Erschließungen.
Es geht hier nicht um Enteignung oder Mietendeckel, sondern um ein einfacheres, aber dennoch wirkungsvolles Instrument mit normalen marktwirtschaftlichen Regeln.
Viele große Institute und auch wir Grünen haben dazu schon Vorstöße gemacht. Links:
- NABU, Makronom: Grundsteuer bzw. Bodenwert-Modell.
- BW Grüne / Antrag / Baden-Württemberg
Wir halten das für ein essentielles Thema um bezahlbaren Wohnraum auch in Städten zu erhalten (abgestimmt im KV Nürnberg am 22.4.2021)